

Frankfurter Zeitung

hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Frankfurter Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 2,00 Reichsmark, durch Nachnahme 2,10 Reichsmark, durch die Post 2,10 Reichsmark u. 30 Pfennige Postgebühr. Schluss der Anzeigen-Rechnungen jeden Mittwoch. Die Anzeigen werden nach Reichs-Zellen berechnet; die Zeile 0,25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drehmaschinen und Radiotelegramme.

Während seiner Anwesenheit bei der Befreiungsfeier in Köln hat der Reichspräsident von Hindenburg der Bitte des Deutschen Reichsschiffbauvereins für Seefahrer und der Stadt Köln um Uebernahme des Protokollrats über die Deutschen Kampfschiffe 1926 stattgegeben. Der Reichspräsident befand dabei seine warme Anteilnahme an dieser großen Veranstaltung.

Der bekannte Großindustrielle August Thönißen, Ehrenbürger der Stadt Wülshofen an der Ruhr, ist auf Schloss Lansberg im 85. Lebensjahre sanft entschlafen.

Ein Lohnkampf im Rheinisch-Westfälischen Brauereigewerbe ist ein Schlichtspruch gefällt worden. Insofern die betreffenden Lohnsätze bis zum 30. September 1926 mit monatlicher Rückzahlungsfrist verlängert werden. — Der Schlichtspruch über die Arbeitszeit für die Eisen- und Metallindustrie des Bezirks Sagen-Schwelm ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Danach bleibt es bis zum 30. September 1926 bei der bisherigen Arbeitszeit.

Treulosen Landwirte aus dem Nordhildesheim (Sachsen) veranlassen nach einer unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlung einen Demonstrationseinsatz zur Antischausmanntschafft. Die Demonstration sollte die ungeheure Not und erdat bringend die Hilfe der Regierung.

Dem Preussischen Landtag ist eine Verleumdung über die Zahl der holländischen Schulmutter über und Verbesserungen in Preußen nach dem Stande vom 15. Mai 1925 zugegangen. Danach gibt es in Preußen insgesamt 111 807 Lehrer und Lehrerinnenstellen. Die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen beträgt 39 256, 10 daß auf 100 Stellen 35,1 Bewerber und Bewerberinnen kommen. Mit Vertretung im Schuldienst beschäftigt sind 10 199 Bewerber, ohne Beschäftigung im Schuldienst 29 057.

Der frühere Adjutant des gegenwärtigen Reichspräsidenten des autonomen Wals, Seid-Orbis, der Separatist Eugen Wiler, hat sich in Bismarck im Elsaß, wohin er sich mit anderen Heimkehrern nach dem Zusammenbruch der Separatistherrenschaft begeben hatte, selbst erschossen. — Alle Schuld rächt sich auf Erden.

Bei den letzten Wahlen in den Wolgarepublik hat das deutsche Element in den Dorfwahlkreisen sehr stark zugenommen, und zwar im Vergleich zum Vorjahre um 24 Proz. Die Dorfwahlkreise der Wolgarepublik zählen gegenwärtig 4782 Mitglieder, von denen 3323 Deutsche sind. Unter den Vorwahlen der Dorfwahlkreise sind 61 Proz. Deutsche.

Die spanische Legion-Agitation meldet aus Madrid: Wegen Spionage zugunsten Sowjetrusslands wurden hier zwei Personen zu lebenslänglicher Zuchthaus verurteilt. Drei weitere Angeklagte erhielten kürzere Haftstrafen. Der Hauptangeklagte, der russische Konsulatssekretär Kurlowski, ist vor einiger Zeit gegen einen in Russland zum Tode Verurteilten ostländischen Staatsangehörigen ausgetauscht worden. — Die gegenwärtige Spionage ist bedauerlich für die Spannung und das Vertrauen zwischen den benachbarten Ländern.

Aus Ausland kommen Meldungen über die bevorstehende Rückkehr Trotski in das Amt des Arbeiterkommissars, d. h. des Führers der roten Arbeiterkommissars. Das würde durchaus der seit Weihnachten 1925 deutlich hervortretenden neuen gemäßigten Richtung der Sowjetpolitik entsprechen, denn Trotski ist längst von der Sozialdemokratie zu sehr gemäßigten Anschauungen übergegangen, bis mit Kommunismus kaum mehr etwas zu tun haben.

Der tschechoslowakische Gesandte in Wien überreichte dem österreichischen Bundespräsidenten Dr. Böhms im Auftrag des tschechoslowakischen Staatspräsidenten den Orden vom Weißen Löwen.

Der jugoslawische Ministerpräsident Radich überreichte dem Reich die Demission des Ministers Dr. Radich ist besonders auf die Haltung des bisherigen Außenministers Radich zurückzuführen, der sehr radikalen Tunes der kroatischen Bauern.

Die Welt voller Sorgen.

Die französischen Steuergesetze.

Aus Paris wird gemeldet: Kammer und Senat haben ihre Beratungen über die Steuergesetzgebung des Jahres beendet. Die Kammer hat das Gesetz mit 365 gegen 145, der Senat mit 220 gegen 16 Stimmen angenommen.

Es handelt sich in der Hauptsache darum, ein Kompromiß hinsichtlich der Monopole für Petroleum und Zucker zu finden. Die Kammer ist für die Aufhebung der Monopole, der Senat für die Aufrechterhaltung derselben. Die Kammer hat sich für die Aufhebung der Monopole entschieden, der Senat hat sich für die Aufrechterhaltung derselben entschieden. Die Kammer hat sich für die Aufhebung der Monopole entschieden, der Senat hat sich für die Aufrechterhaltung derselben entschieden.

Französische Frühgewinn.

Die Pariser Bourse zeigt folgende Nachrichten: Nachdem die im provisorischen deutsch-französischen Handelsabkommen vom 12. Februar vorgesehene Kontingente für die Einfuhr von Frühgewinn nach Deutschland verbraucht sind, soll nach den Bestimmungen eines Zusatzabkommens, das beiden Regierungen zur Billigung vorliegt, Frühgewinn mit Ausnahme von Kaffee- und Stämmen mit einem weiteren Kontingent bedacht werden, das sich auf 37 000 Zentner beläuft. Als Kompensation dafür sei Deutschland die Einfuhr gewisser chemischer Produkte und Dynamos nach Frankreich zugefanden worden. Die neuen Bestimmungen werden am 10. April in Kraft treten.

Pariser Weltkongress der russischen Flüchtlinge.

In Paris eröffnete am 4. April Prof. Struve den Weltkongress der russischen Flüchtlinge, der durch etwa 400 Delegierte der in Deutschland, Frankreich, England, Italien, Belgien, Polen, Litauen, in der Schweiz, den Vereinigten Staaten und im fernsten Osten lebenden Flüchtlinge besetzt ist.

Der Pariser „Quotidien“ behauptet, daß weder die Sozialisten (Kerenski) noch die Kadetten (Wjlkunski) auf dem Kongress vertreten seien. Nur die Bolschewiken seien am interessiert. Der Kongress soll die Schaffung einer Zentralorganisation vorbereiten, mit der die Regierungen wirtschaftliche und soziale Fragen erörtern können, die die Flüchtlinge betreffen.

Marokko, Syrien, Indochina.

Nach einer Meldung des Pariser „Petit Journal“ aus Rabat bauern die Vorbereitungen der Rufeite für eine Offensive an. „Sana“ berichtet aus Tanger: Es ist das Gerücht im Umlauf, daß der Bruder Abd el Krims mit einer 800 Mann starken Abteilung gegen Tazerart marschiere. Diese Nachricht hat unter den in der Nähe der internationalen Zone wohnenden unterworfenen Stämmen Verwirrung hervorgerufen. Das Pariser „Journal“ meldet aus Fez: Ein gestern von Ribatelungen gegen verschiedene Stämme unternommener Angriff an der Mitaufwand wurde von Angehörigen des Stammes der Marraiki zurückgeschlagen. Inzwischen bleibt dieser Teil der Front weiter bedroht.

„Sana“ veröffentlicht folgende Meldung aus Tanger: Ein Agent Abd el Krims mit Namen Waldeban, der in Begleitung zweier jüdischer Staatsbürger mit Namen Langlet und Hanken in Tanger angekommen ist, ist von den französischen Behörden verhaftet worden, als er sich anschiele, zusammen mit Hanken unter Mitwirkung von Waren, Material und Benzin für Automobile abzurufen.

Friedensverhandlungen.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Tanger sind von Abd el Krims drei Emirsire mit dem Auftrag, Friedensverhandlungen anzubahnen, nach der französischen und der spanischen Seite sowie nach Tanger entsandt worden. Auch mehrere französische Zeitungen berichten von der Entsendung von Unterhändlern durch Abd el Krims. Ministerpräsident Briand verhandelte wiederum mit dem Generalkommandanten von Marokko, nach Kriegsminister Painlevé, Marschall Foch und dem Generalen Georges und Simon über die Lage in Marokko. Die Besprechung dauerte fast zwei Stunden. Die bedeutendste Zeitung Spaniens, das „Madrider ABC“ erklärt, der Zeitpunkt für

Friedensverhandlungen mit Abd el Krims sei noch nicht gekommen.

Nach einer amtlichen Mitteilung des französischen Kriegsministeriums operieren zur Etablierung des German-Bereiches in Syrien zwei Abteilungen. Die eine erreichte am 1. April Omani, die andere, die den Jordan überfließt, demnächstige sich am 2. April der Festung Banias. Beide Abteilungen zogen am 3. April in Mebel ein, einem der Hauptstützpunkte der Druzen. Syrisch-arabische Stämme machten eiten Einfall in das englische Mandatsgebiet des Irak. Die Engländer leisteten Tanks und Flugzeuge gegen sie ein und fügten ihnen einen Verlust von 45 Toten zu. Der Vorfall ist interessant, weil er zeigt, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England sich der Schwierigkeiten vor den mohamedanischen Stämmen zu befürchten hat. Insbesondere das große Araberreich, das der einwirkende noch englisch-freundliche Führer der Wahabiten Abu Said sich errichtet hat und immer weiter ausdehnt, kann eines Tages eine ernste Gefahr werden.

Aus der französischen Kolonie Indochina kommen Nachrichten, wonach dort infolge der Zunahme der seit längerem schon dauernden Unruhen gegen die Franzosen eine für Frankreichs Herrschaft über die Kolonie sehr bedenkliche Lage entstanden sei. Die Bevölkerung ist besonders erregt über die Erpressungen und sonstige für Frankreichs Kolonien typische Übergriffe der französischen Beamten. Der Generalgouverneur hat dringend Verärgerung der Truppen angefordert, die aber von Paris unter Hinweis auf Marokko und Syrien abgelehnt wurden.

Aus dem Balkan.

Griechische Wahlen. Der griechische Diktator, General Pangalos erklärte dem Vertreter der „Chicago Tribune“ in Athen, daß er bei den letzten vorgenommenen Präsidentschaftswahlen bisher in 12 Departements 90 Prozent der Stimmen erhalten habe. Er werde, wenn auch die Wahlen am 11. April in den übrigen 23 Departements zu seinen Gunsten ausfallen, außer dem Ministerpräsidenten auch nach das Kriegsministerium behalten.

Türkische Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-türkischen Handelsvertragsverhandlungen nahmen einen betriebliehen Verlauf. Die türkisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen haben begonnen. Drei Unterabteilungen wurden eingeleitet, die sich mit den Vorbereitungen für den Handelsvertrag, das Zollabkommen und das Außenabkommen befassen werden. Die Delegierten beider Staaten brüchten den Wunsch aus, das das große politische Gebiete vollendete Werk (Militärabkommen) durch Schaffung enger wirtschaftlicher Beziehungen befestigt werden möge.

Die türkische Kammer nahm ein Gesetz an, nach welchem alle infolge von Krankheiten zum militärischen Dienst Untauglichen einer obligatorischen leistungsfähigen ärztlichen Behandlung unterworfen werden.

Balkankonferenz der Antimaterade Internationalen.

Am 9. April wird in Sofia auf Veranlassung des Internationalen Gewerkschaftsverbandes von Antimaterade eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der Balkanländer und Delegierten aus Antimaterade zusammenzutreten. Die Konferenz wird sich u. a. mit der Frage einer Annäherung der Balkanländer, insbesondere ihrer Arbeiterschaft, befassen.

Nach Meldungen der Bulgarische Blätter aus Konstantinopel werden Vertreter der Balkanstaaten in der nächsten Zeit auf den Britische-Niecht (im Marmarameer bei Konstantinopel) eintreffen, um in Verhandlungen über einen Balkanpakt einzutreten.

Die Unruhen in Indien.

Nach einer Meldung des Londoner „Daily Telegraph“ aus Kalkutta sind nach den letzten Nachrichten bei den Unruhen zwischen Mohammedanern und Hindus 50 Personen getötet und 600 verwundet worden. Inzwischen hat sich die Lage erheblich gebessert. Die meisten Wunden, die seit den Unruhen geschloßen waren, wurden wieder geheilt. Bisler befinden sich 306 Personen in Haft, weitere 6 Tausend wurden nach dem Schutzhause gebracht. Die Meldungen über Verhängung des Belagerungszustandes sind unrichtig.

Auslandsanleihen.

Brief an Herrn Dr. S. . .

Sie führten in unserer Unterhaltung aus daß unsere Produktionsmöglichkeit heute etwa 25 Proz. höher, während unsere Absatzmöglichkeit 20 Proz. niedriger als vor dem Kriege ist und betonten andererseits, die Auslandsgeber teilen gerade deshalb besonders nötig, weil das deutsche Kapital in meisteilein Wäse eben in den erweiterten Produktionsanlagen immobilisiert, festgefesselt sei.

Es geht ich diese Angaben zugrunde — wobei mir allerdings die in Ihren Ausführungen liegende Ausbreitungsrichtung der gesamten Landwirtschaft höchst bedenklich erscheint — so frage ich mich: Was und wie können Auslandsanleihen überhaupt werden, wenn doch die mit ihrer Hilfe erzeugte Mehrproduktion kein Absatz ist? Können wir uns vorstellen, daß eine Reihe von Betrieben die fremden Gelder benützen, um Kapital für ihre Fabrikanlagen zu lenken, was würde aber nur ein vorübergehender Geldbedarf sein, während die als das Besondere der Vorkriegspolitik bezeichneten, das die hereinnehmende langfristige Kredite ermäßigt. Wenn man sich einmalt, an was man Ihren ausenpolitischen Absichten entzweihend 10 Milliarden Mark Auslandszins langfristig, beispielsweise auf 10 Jahre, nach Deutschland herein: was dann? Das dieses Geld nur dann etwa gegen Zinsen fließen kann, wenn es in den Produktionsanlagen als Arbeitskapital würde, darüber darf ich mich mit Ihnen einig glauben. Denn wenn es, wie mit den bisherigen Auslandszinsen die meisten Gelder, zum Durchfließen von Warenbeziehungen aber zum Vermehren eines auf Auslandsprodukten also zur Steigerung der Einfuhr dienende, würde es der Volksgemeinschaft nur Schaden, aber keinen Nutzen bringen.

Denken wir uns also die 10 Milliarden in den Produktionszweigen gefloßt: die natürliche Folge würde ein Anstieg der Produktion der Produktion sein. Nun haben wir aber, wie ja doch gerade die Wirtschaftskrisis, die Stilllegung von Betrieben und Arbeitslosigkeit, und wie Ihre eigene Erklärung von der Behinderung anderer Wirtschaftszweige durch die Produktion zeigen, schon für unsere jetzige Produktion keinen Absatz. Wohin also mit dem durch die Auslandsgeber erzeugten Mehrproduktion?

Sie werden erwidern, das Geld müsse zu Rationalisierung der Betriebe dienen. Das scheint allerdings auch mir die allein etwa verbleibende Möglichkeit nützlicher Verwendung. Aber welche Garantie besteht, das das Geld wirklich nur zur Rationalisierung der Betriebe verwendet wird? Und die Rationalisierung ist ein in der bisherigen Art und also zwar mehr aber nicht rationeller produziert wird?

Gelöst aber, die gesamten 10 Milliarden fänden Verwendung zur Rationalisierung der Betriebe. Das hätte zu Folge, daß die reinen Produktionskosten der Waren verringert würden. Aber würde dadurch auch die Ware billiger? Dafür steht ebenfalls die Garantie. Denn der hohe Zins, der für die Gelder zu zahlen ist, wird in größeren Teilen die billigeren Kosten der reinen Produktionskosten wieder wetten. Aber wiederum den günstigen Fall gesetzt, die 10 Milliarden würden tatsächlich nur zu solchen Betriebsverbesserungen benutzt, die eine höhere Ertragskraft in der Produktion erzeugen, die die Amortisation der Auslandsdarlehen ausmachen. Dann würde — oder sagen wir vorsichtiger: könnte — eine Verbilligung der Preise eintreten.

Das würde wiederum einen größeren Absatz der Waren erzeugen, was wiederum die Verbilligung der Preise eintreten könnte — oder sagen wir vorsichtiger: könnte — eine Verbilligung der Preise eintreten. Das würde wiederum einen größeren Absatz der Waren erzeugen, was wiederum die Verbilligung der Preise eintreten könnte — oder sagen wir vorsichtiger: könnte — eine Verbilligung der Preise eintreten.

Die ganze Rationalisierung und damit die erzielten Auslandszinsen hätten also nur Zweck, wenn es gelang, nach der durch Rationalisierung der Betriebe erzeugten Verbilligung unserer Produktion eine größeren Auslandsabzuges abzuwickeln. Das ist aber eine Verbilligung der Einfuhr aus dem Ausland zu erzielen.

Nun haben wir aber, wie ja doch gerade die Produktion zeigt, schon für unsere jetzige Produktion keinen Absatz. Wohin also mit dem durch die Auslandsgeber erzeugten Mehrproduktion?

1. Eine Steigerung unserer Einfuhr bedeuete ableser der Industrien der anderen Industrien. Das ist aber, wie die Schutzpolitik des Reiches zeigt, unter Arbeitslosigkeit liegenden England bewirkt — in dem Maße, wie die Einfuhr gegen das deutsche Damm und damit wieder zur Herabsetzung unserer Ertragsmöglichkeiten und somit, auch zu schmerzhaften politischen Folgen zu führen.

2. Eine Steigerung unserer Einfuhr bedeuete auch eine Deutsche solange nicht den geringsten Vorteil und führt solange nicht zu der doch mit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit erzielten Besserung der deutschen Wirtschaft, als jeder Exportertragsbeitrag von dem Generalzollnehmer, für die Exportertragsbeitrag.

